

PRESSEMITTEILUNG



Wiederkehrende oder einmalige Straßenausbaubeiträge?

Die Stadt Wissen muss entscheiden, wie künftig Straßenbau überhaupt finanziert werden kann und welche Belastungen Bürger noch tragen können.

„Eine Stadt und fünf Abrechnungsgebiete in Wissen“ lautet ein Vorschlag neben den hohen Einmalbeträgen - das Beitragssystem wird in der Stadt diskutiert, bevor weitere Straßen in Wissen im nächsten Jahr ausgebaut werden.

In der Stadt Wissen haben die Beratungen zum schwierigen Thema Straßenausbaubeiträge begonnen. Viele Sitzungen sind hierzu in den nächsten Monaten vorgesehen und der Stadtrat soll am 10. Februar 2020 eine Entscheidung treffen.

Die Diskussion war bereits mit Einwohnern im August gestartet im Rahmen einer Einwohnerversammlung und der Ausgang ist nach wie vor offen. Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Wissen, die Fraktionen im Stadtrat sowie der Stadtrat befassen sich in den nächsten Wochen und Monaten intensiv mit dem Thema Straßenausbaubeiträge.

Dabei ist durch die gewählten Stadtväter und Stadtmütter zu entscheiden, ob es beim bisherigen System der sogenannten Einmalbeiträge verbleibt oder ob für das Stadtgebiet von Wissen wiederkehrende Beiträge eingeführt werden. Beides ist umstritten, aber das Land Rheinland-Pfalz hat entschieden, dass die Straßenausbaubeiträge bleiben.

Die Stadt hatte einstimmig zur Klärung der Frage ein externes Büro beauftragt. Es soll prüfen, ob dies überhaupt möglich ist und Sinn macht. Die Diskussion sollte nach der Kommunalwahl getroffen werden, da die Baukosten derart explodiert waren, dass Ausschreibungen beispielsweise für die Eisen- und Hüttenstraße aufgehoben werden mussten, weil die Anwohnerbeiträge den Anwohnern auch nicht oder nur schwer zumutbar gewesen wären.

Diskutiert wird derzeit, ob wiederkehrende Beiträge für Wissen Sinn machen. Dann würden die Kosten auf viele verteilt. Diese würden auch nicht jedes Jahr anfallen, sondern nur in dem Abrechnungsgebiet, wo gebaut wird.

Zudem werden Kosten auf mehrere Jahre verteilt, wenn Straßenausbaumaßnahmen, wie der Ausbau der Rathausstraße, mehrere Jahre andauern. Die Überalterung der Stadt, die explodierten

PRESSEMITTEILUNG



Kosten im Straßenbau, rund 20-30 Prozent allein in den letzten beiden Jahren, und speziell im Fall von Wissen die explodierten Kosten von 55 Prozent über den Planungen bei der Eisen- und Hüttenstraße bei einer Ausschreibung, hatten das Thema auf die Agenda der Stadt gerufen. Wichtig ist eine Grundentscheidung, die für die meisten, aber nicht für alle Straßen, für die Zukunft gilt.

Der Stadtrat müsste bei wiederkehrenden Beiträgen die Abrechnungsgebiete unter Beachtung der ergangenen Rechtsprechung und die Stadtanteile erst festlegen. Bevor dies geschieht, muss dies gründlich diskutiert und abgewogen werden, ebenso die Frage, ob es beim Einmalbeitrag verbleibt, falls man dem nicht folgt.

Da in 1-2 Jahren nur max. eine Straße geplant, Zuschüsse beantragt und technisch gebaut werden kann, wird das ein langer Weg. Aber derzeit zahlt die Stadt für ihre maroden Straßen rund 500.000 Euro im Jahr an Unterhaltungskosten.

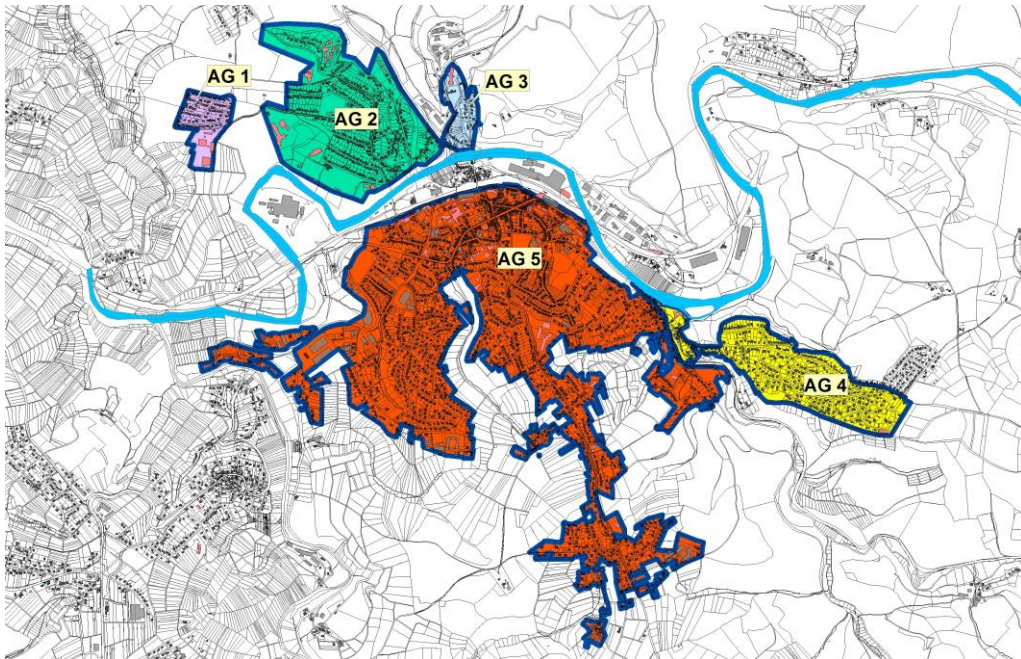
Folgt man dem Vorschlag des Koblenzer Büros wäre die Stadt Wissen aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und OVG Rheinland-Pfalz künftig in fünf Beitragsgebiete einzuteilen, wenn ein wiederkehrender Beitrag eingeführt würde.

PRESSEMITTEILUNG



Folgende Beitragsgebiete werden vorgeschlagen:

1. Altbel
2. Alserberg
3. Brückhöfe
4. Schönstein nördl. L278
5. Wissen Kernstadt einschl.- Gemarkungen Köttingerhöhe und verbleibender Bereich Schönstein



Weitere Informationen unter www.wissen.eu unter der Rubrik „Straßenausbaubeiträge“. Dort befindet sich auch die aktuelle Präsentation der HFA Sitzung vom 19.11.2019.

Ihr Pressekontakt:

Stadt Wissen

Platz des Wissener Jahrmarktes | D-57537 Wissen

stadtbuergemeister@rathaus-wissen.de | 02742 / 911 5151